

**Beschlossene Anträge des  
Hamburger SPD  
Landesparteitages 5./6.  
November 2021**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Wahl Wahlprogramm</b>	<b>1</b>
2021/II/Wahl/1 Wahlprogramme und Kampagnen auch für junge Menschen <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	1
<b>Verk Verkehr / Mobilität</b>	<b>2</b>
2021/II/Verk/1 Zukunftsgerechte Baustellen! <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	2
2021/II/Verk/6 Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in den U/S-Bahnen des HVV <i>erledigt</i> . . . . .	3
<b>Umw Umwelt / Energie</b>	<b>4</b>
2021/II/Umw/1 PV-Vergütungsrahmenbedingungen so gestalten, dass PV- Solardach-Ausbau nicht gebremst, sondern beschleunigt wird. <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	4
<b>Bil Bildung / Ausbildung</b>	<b>5</b>
2021/II/Bil/2 Einführung eines Studium Generale <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	5
2021/II/Bil/4 Kinderrechte in die Hamburgische Verfassung aufnehmen. <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	6
2021/II/Bil/7 Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit an Hamburgs Schulen weiter stärken. <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	7
<b>Ges Gesundheit</b>	<b>8</b>
2021/II/Ges/1 Krankenhäuser in städtischen Besitz nehmen – Neubauten von Kran- kenhäusern städtisch umsetzen <i>erledigt durch Ges/2</i> . . . . .	8
2021/II/Ges/2 Staatlichen Versorgungsauftrag bei Krankenhäusern sichern. <i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	9

<b>2021/II/Ges/3 Abkehr vom Fallpauschalensystem einleiten</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	10
<b>2021/II/Ges/4 Rote Ampel für Dickmacher und Co – Ernährungsampel verpflichtend-einführen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	11
<b>2021/II/Ges/7 Schaffung eines Hamburger Pflege-Fonds</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	12

## **Innen Inneres** 13

<b>2021/II/Innen/1 Änderung der Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	13
<b>2021/II/Innen/3 Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	14
<b>2021/II/Innen/4 Hürden beim Kirchenaustritt abschaffen!</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	15

## **Recht Recht** 16

<b>2021/II/Recht/1 Kinderrechte gehören in die Verfassung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	16
<b>2021/II/Recht/2 Antrag zur Kennzeichnung von „Bots“</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	17
<b>2021/II/Recht/4 Lockerung des Friedhofszwangs</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	18
<b>2021/II/Recht/5 Änderung des Gesetzes zur Regelung der steuerlichen Anerkennung gemeinnütziger Organisationen</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	19
<b>2021/II/Recht/6 Damit die Mobilitätswende gelingt – Reform des Straßenverkehrsrechts auf den Weg bringen!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	20
<b>2021/II/Recht/7 Übernahmegarantie auch für dual studierende JAV-Mitglieder</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	21

<b>2021/II/Recht/8 Rückenwind für die junge betriebliche Mitbestimmung!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	22
<b>2021/II/Recht/9 UN Binding Treaty on Business and Human Rights unterstützen</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	23
<b>2021/II/Recht/10 Einheitliche EU-Regelungen für Rüstungsexporte</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	24
<b>2021/II/Recht/11 Geschlechtergerechtigkeit im Arbeitsleben stärken – Mutter- schutzgesetz auch für Geschäftsführerinnen und Vorstände!</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	25
<b>2021/II/Recht/12 Moderner Umgang mit Beförderungerschleichung!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	26
<b>2021/II/Recht/14 Gemeinnützigkeitsgesetz für Genossenschaften im Bereich der Daseinsvorsorge</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	27
<b>2021/II/Recht/15 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären</b>	
<i>so angenommen</i> . . . . .	28
<b>2021/II/Recht/16 Schaffung der Rechtsform GmbH in Verantwortungseigentum</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	29
<b>2021/II/Recht/17 Persönliche Eignungstests für Waffenbesitz</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	30
<b>2021/II/Recht/18 #KeinMillimeterNachRechts – Ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus auch in unserer Verfassung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	31

## **Teilh Gleichstellung / Teilhabe** 32

<b>2021/II/Teilh/1 Hamburgs Vielfalt sichtbar machen – geschlechtergerechte Sprache im Schriftverkehr der Hamburger Verwaltung einführen</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	32
<b>2021/II/Teilh/2 Unterhaltsvorschuss vom Finanzamt einfordern. Unterhaltspreller nicht von Steuerzahlern finanzieren</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	33
<b>2021/II/Teilh/3 Barrierefreiheit bei MOIA gewährleisten</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	34

<b>2021/II/Teilh/4 Rassismus bekämpfen! UN-Dekade für People of African Descent in Hamburg umsetzen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	<b>35</b>

## **Eur Europa** **36**

<b>2021/II/Eur/1 Vertiefung und Sicherung der Demokratie in Europa</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>36</b>
<b>2021/II/Eur/2 Erasmus für Schülerinnen und Schüler</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>37</b>
<b>2021/II/Eur/3 Geeint in Vielfalt – Ein Interrail-Ticket für alle EU-Bürger ab 18!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>38</b>

## **Wi/Steu Wirtschaft / Steuern** **39**

<b>2021/II/Wi/Steu/1 Für eine gerechte und soziale Besteuerung</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>39</b>
<b>2021/II/Wi/Steu/5 Für eine gerechte und soziale Besteuerung</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>40</b>
<b>2021/II/Wi/Steu/7 Staatliche Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	<b>41</b>
<b>2021/II/Wi/Steu/8 Gemeinsam die Krise meistern – für eine gerechte Lastenverteilung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona Pandemie kämpfen!</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>42</b>
<b>2021/II/Wi/Steu/9 Verpflichtendes Lobbyregister einführen – Transparenz in der Interessenvertretung herstellen</b>	
<i>erledigt</i> . . . . .	<b>43</b>
<b>2021/II/Wi/Steu/10 Für eine Transformation des Welthandels: vom „Frei“-handel zum Fairen Handel</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	<b>44</b>

**Dig Digitalisierung / Mobilfunk** 45

2021/II/Dig/2 Zugang zu Geodaten/Liegenschaftsdaten für Wasser- und Bodenverbände Hamburgs

*Annahme als Prüfantrag* . . . . . 45

2021/II/Dig/3 Lebenshilfe im digitalen Zeitalter sicherstellen

*erledigt* . . . . . 46

**Wis Wissenschaft** 47

2021/II/Wis/1 Paradigmenwechsel in der Beschäftigung von WissenschaftlerInnen

*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 47

2021/II/Wis/3 Pflegestudium an der HAW nicht kürzen!

*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 48

**Sport Sport** 49

2021/II/Sport/1 Hamburg Active City: Neue Sportflächen schaffen und bestehende Sportflächen pflegen und erhalten

*Annahme* . . . . . 49

2021/II/Sport/2 Ein Schwimmbad mit 6 Bahnen und ein separates Rehabilitationsbecken für die Active City Oberbillwerder

*Annahme* . . . . . 50

**AUSSEN Außenpolitik** 51

2021/II/AUSSEN/1 Entspannungspolitik und nachhaltige Entwicklung

*erledigt* . . . . . 51

## Wahl Wahlprogramm

2021/II/Wahl/1

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Wahlprogramme und Kampagnen auch für junge Menschen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: 1. Für die Bezirks- und Bürgerschaftswahlen wird neben der Standardfassung des Wahlprogramms und dem Wahlprogramm in leichter Sprache ein spezifisches SPD-Jugendwahlprogramm erstellt. 2. In diesem sollen die zentralen jugendpolitischen politischen Inhalte und Vorhaben des Wahlprogramms ansprechend für Jugendliche und Jungerwachsene zusammengefasst und gebündelt dargestellt werden, um auch für junge Menschen die politischen Leitlinien des Wahlprogramms und das politische Angebot der SPD-Hamburg darzustellen. 3. Innerhalb der Wahlkampagnen sollen Jugendliche und Jungerwachsene, gesondert und verstärkt adressiert werden. Hierzu soll auch die mit der Wahlkampagne betraute Agentur eingebunden werden. 4. Die jugendpolitischen Kapitel des Bürgerschaftswahlprogramms, das daraus abgeleitete Jugendwahlprogramm und der diesbezügliche Teil der Kampagne sollen unter Einbindung und Beteiligung der Jusos Hamburg erstellt und entworfen werden. . 5. Analog werden die Jugendwahlprogramme in den Bezirken gemeinsam von den SPD-Kreisvorständen und den Juso-Kreisverbänden erarbeitet.

### Überweisen an

Landesvorstand

**Verk Verkehr / Mobilität****2021/II/Verk/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Zukunftsgerechte Baustellen!**

Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass die Realisierungsträger dem Radverkehr und auch dem Fußverkehr für eine hohe Qualität von Verkehrsführungen in Baustellen und auf Umleitungsstrecken – unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV – möglichst ausreichenden Platz einräumen und eine stets sichere, barrierefreie und nachvollziehbare Führung des Rad- und Fußverkehrs gewährleisten. Ist ein Passieren des Baufeldes nicht möglich, ist eine geeignete Umleitung auszuschildern.

**Überweisen an**

Bürgerschaft



## 2021/II/Verk/6

### Beschluss

erledigt

### **Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in den U/S-Bahnen des HVV**

Zusammenklappbare E-Scooter werden im HVV wie Handgepäck, nicht zusammenklappbare wie Fahrräder behandelt, kostenlose Mitnahme ist bei beiden möglich. Wenn nicht zusammenklappbar, gelten dieselben angemessenen zeitlichen Einschränkungen wie bei Fahrrädern. Quelle: <https://www.hvv.de/de/service/fragen-und-antworten/e-tretroller>

**Umw Umwelt / Energie****2021/II/Umw/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**PV-Vergütungsrahmenbedingungen so gestalten, dass PV-Solardach-Ausbau nicht gebremst, sondern beschleunigt wird.**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag, die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

PV-Vergütungsrahmenbedingungen so gestalten, dass PV-Solardach-Ausbau nicht gebremst, sondern beschleunigt wird.

Die Vergütungs- und Vermarktungs-Rahmenbedingungen für PV-Anlagen bis 750 kWp sollten zukünftig so weiterentwickelt werden, dass sich möglichst viele PV-Anlagen wirtschaftlich betreiben lassen unabhängig davon, ob ein größerer Teil des erzeugten Sonnenstroms am Ort der Entstehung verbraucht oder an Dritte geliefert werden kann oder ob der erzeugte Strom ins Netz eingespeist wird. In den meisten Situationen mit überwiegender oder vollständiger Netzeinspeisung rechnen sich nach der 20%igen pauschalen Vergütungssonderkürzung von Anfang 2019 solche Anlagen nicht mehr, was die für die Erreichung der Klimaziele notwendige und von der SPD gewollte Beschleunigung des PV-Ausbaus stark behindert.

**Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion und Bürgerschaftsfraktion

**Bil Bildung / Ausbildung****2021/II/Bil/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Einführung eines Studium Generale**

1. Die SPD Hamburg setzt sich weiterhin für die Einrichtung eines Studium Generale an den öffentlichen Hochschulen ein (beispielsweise als Verbundprojekt aller Hochschulen).
2. Studierenden eines zukünftigen Studium Generale soll der hochschulübergreifende Besuch von Lehrveranstaltungen ermöglicht werden, damit sie ihre Interessen über das Fächerspektrum einer einzelnen Hochschule hinaus verfolgen können.
3. Mit dem Allgemeinen Vorlesungswesen verfügt die Universität Hamburg bereits über ein studium-generale-ähnliches Angebot, das bei der Errichtung integriert werden soll.
4. Auf Bundesebene soll geprüft werden, ob der Anspruch auf BaföG so gestaltet werden kann, dass durch die Teilnahme am Studium Generale, die Förderansprüche im Fachstudium in zeitlich vollem Umfang erhalten bleiben können.

**Überweisen an**

Bürgerschaft

## 2021/II/Bil/4

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Kinderrechte in die Hamburgische Verfassung aufnehmen.**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, die laufende Diskussion zur Änderung der Hamburgischen Verfassung und ihrer Präambel um den Aspekt der möglichen Aufnahme von Kinderrechten zu erweitern. Für die Hamburgische Verfassung, die über keinen Grundrechtskatalog verfügt und deren Präambel historisch bedingt sehr wirtschaftsorientiert ist, würde diese Bezugnahme eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

#### **Überweisen an**

Bürgerschaft

## 2021/II/Bil/7

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit an Hamburgs Schulen weiter stärken.**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senator:innen werden aufgefordert:

1. zu prüfen, ob an jeder Schule Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt werden können. 2. Die Schaffung einer Ombudsstelle oder vergleichbarer Angebote zu prüfen, die auch für Fragen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Behörde für Schule und Berufsbildung zuständig ist.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**Ges Gesundheit**

**2021/II/Ges/1**

**Beschluss**

erledigt durch Ges/2

**Krankenhäuser in städtischen Besitz nehmen – Neubauten von Krankenhäusern städtisch umsetzen**

## 2021/II/Ges/2

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Staatlichen Versorgungsauftrag bei Krankenhäusern sichern.**

Staatlichen Versorgungsauftrag bei Krankenhäusern sichern.

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Senat wird aufgefordert, dass die Investitionen zum Neubau des AK Altona nicht zu Lasten anderer Krankenhäuser getätigt werden, sondern zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Kernaufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge nicht weiter privatisiert werden.

#### **Überweisen an**

Senat

**2021/II/Ges/3**

**Beschluss**

erledigt

**Abkehr vom Fallpauschalensystem einleiten**

Erledigt durch Zukunftsprogramm und Sondierungspapier.



---

## 2021/II/Ges/4

### Beschluss

#### Annahme

## Rote Ampel für Dickmacher und Co – Ernährungsampel verpflichtendeinführen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die SPD-Minister\*innen in der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, sowie die SPD-Europaabgeordneten mögen sich für die verbindliche Einführung einer europaweit geltenden „Ernährungsampel“ auf allen industriell erzeugten Nahrungsmitteln einsetzen.

Orientieren soll sich dieses System am „Nutri-Score“, welcher in Deutschland – planmäßig seit Herbst 2020 – freiwillig von Hersteller\*innen an Lebensmitteln angebracht werden kann. Die Lebensmittelhersteller\*innen sollen verpflichtet werden, die Buchstaben A bis E gut sichtbar an der Vorderseite des Produkts anzubringen. Bis zur verpflichtenden europaweiten Einführung einer

„Ernährungsampel“, soll auf ein schnelles Einführen dieser freiwilligen Kennzeichnungsmethode in Deutschland hingewirkt werden.“ durch: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, die daraufzielt, dass bis zur Einführung einer europäischen Lösung der Nutri-Score in Deutschland verpflichtend eingeführt wird.

Die „Ernährungsampel“ soll die bereits europaweit eingeführte Nährwertetabelle nicht ersetzen, sondern ergänzen.

#### Überweisen an

Bundesparteitag

## 2021/II/Ges/7

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Schaffung eines Hamburger Pflege-Fonds**

Die AWO Hamburg hat vorgeschlagen, ein öffentlich-rechtliches Finanzierungsinstitut zu schaffen (Hamburger Pflegevermögen A ö.R.), das Investitionen im Pflegebereich auf der Basis von privaten Anleihen der Bürger finanziert.

Die SPD sieht in dem Vorschlag einen möglichen Weg, um dringend notwendige öffentliche Investitionen in die Verbesserung der Pflege zu finanzieren und damit gleichzeitig normalen Bürgerinnen und Bürgern eine Anlagemöglichkeit für ihre Ersparnisse zu bieten. Wir bitten den Finanzsenator, gemeinsam mit der Sozialbehörde und im Austausch mit den Sozialverbänden die Voraussetzungen für die Realisierung einer solchen Fonds-Lösung zu prüfen und gegebenenfalls ein Umsetzungskonzept zu erstellen.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## Innen Inneres

2021/II/Innen/1

**Beschluss**

Annahme

**Änderung der Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)****Der Landesparteitag möge beschließen:**

1. Der Landesparteitag fordert die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass die Kriminalstatistik für Hamburg künftig Fallzahlen von häuslicher Gewalt, also Delikte, die zur Kategorie Partnerschaften, zu denen auch Ex-Partner, eingetragene Lebenspartnerschaften, Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften und ehemalige Partnerschaften gehören, gesondert ausgewiesen werden. Die Fallzahlen sollen neben den Gewaltdelikten wie Tötungsdelikte, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung sowie besonders schwere sexuelle Übergriffe und alle Formen der Körperverletzung auch Bedrohung, Stalking, Nötigung (psychische Gewalt) enthalten. Körperliche und psychische Gewalt sollen nach Geschlecht getrennt voneinander aufgeführt werden.
2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die **Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik** künftig um die vorbeschriebenen Fallzahlen ergänzt werden.

**Überweisen an**

Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundestagsfraktion

## 2021/II/Innen/3

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen**

Der Landesparteitag beschließt zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD: Die SPD setzt sich weiterhin für die Einführung eines Demokratiefördergesetzes ein. Mit diesem soll eine Grundlage für die langfristige Förderung von Projekten gesichert werden, die die Zivilgesellschaft stärken und sich gegen Extremismus, Faschismus und Radikalisierung einsetzen.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2021/II/Innen/4

### Beschluss

erledigt

### **Hürden beim Kirchenaustritt abschaffen!**

Erledigt durch das Online-Zugangsgesetz (OZG). Demnach sollen bis 2022 alle staatlichen Verwaltungsleitungen digital verfügbar gemacht werden. Darunter fallen Kircheneintritte sowie Kirchenaustritte.

**Recht Recht****2021/II/Recht/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Kinderrechte gehören in die Verfassung**

Der SPD Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die SPD bekräftigt ihr politisches Ziel, Kinderrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu verankern und setzt sich dabei für eine Lösung ein, die sicherstellt, dass bei der zu wählenden Formulierung das Kindeswohl nicht nur angemessen, sondern vorrangig berücksichtigt werden soll.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2021/II/Recht/2

### Beschluss

erledigt

### Antrag zur Kennzeichnung von „Bots“

Erledigt durch Regierungshandeln.

---

## 2021/II/Recht/4

### Beschluss

#### Annahme

## Lockerung des Friedhofszwangs

Der Landesparteitag möge beschließen:

Dem Beispiel unserer Genoss\*innen in Bremen folgend, soll ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, welches den Friedhofszwang auch für alle Hamburger\*innen unter folgenden Voraussetzungen aufhebt. 1.) Der oder die Verstorbene wird professionell eingeäschert. 2.) Der oder die Verstorbene hat zu Lebzeiten schriftlich den Wunsch geäußert, dass er/ sie nicht auf einem Friedhof bestattet werden möchte und hat dabei eine Person benannt, die sich seinen/ ihren Wünschen entsprechend um seine/ ihre eingeäscherten Überreste kümmern wird. 3.) Das gültige Testament des oder der Verstorbenen widerspricht diesem Wunsch nicht. 4.) Ein Ausstreuen oder Beerdigen der Asche darf nur auf Privatgrund und nur mit der Einwilligung des Besitzers/ der Besitzerin oder z.B. des Pächters/ der Pächterin erfolgen. Alternativ kann das Ausstreuen auf städtischem und ausdrücklich dafür freigegebenem Gebiet erfolgen, sobald hierfür Gebiete festgelegt worden sind. 5.) Benachbarte Gebiete dürfen beim Ausstreuen nicht durch etwaige Verwehungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies gilt auch für öffentlichen und städtischen Grund. 6.) Nach Aushändigung der Asche an die Vertrauensperson muss zu keiner Zeit ein Bestattungsunternehmen hinzugezogen werden. 7.) Sollte das Ausstreuen oder Beerdigen der Asche nicht wie in der schriftlichen Erklärung festgehalten durchgeführt werden können, dann steht die Möglichkeit zur Bestattung auf einem Friedhof jederzeit offen.

#### Überweisen an

Bürgerschaft



**2021/II/Recht/5**

**Beschluss**

erledigt

**Änderung des Gesetzes zur Regelung der steuerlichen Anerkennung gemeinnütziger Organisationen**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

---

## 2021/II/Recht/6

### Beschluss

Annahme

## **Damit die Mobilitätswende gelingt – Reform des Straßenverkehrsrechts auf den Weg bringen!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die SPD setzt sich anknüpfend an die StVO-Reform im Jahr 2020 für einen weitergehenden Reformprozess des geltenden Straßenverkehrsrechts ein, um damit das zügige Gelingen der Mobilitätswende zu unterstützen. Vor allem das Straßenverkehrsgesetz und die Straßenverkehrsordnung sind dabei so weiterzuentwickeln, dass das Kraftfahrzeug als dominierender Regelungsmaßstab zurücktritt. Stattdessen soll das Ziel einer möglichst gleichberechtigten und fairen Teilnahme aller Verkehrsteilnehmenden in den Fokus rücken. Das neue Straßenverkehrsrecht soll im Schwerpunkt an Regelungsmaßstäben wie einem Verkehrssystem mit möglichst keinen oder sehr wenigen Verkehrstoten oder Schwerverletzten und an Klimazielen und am Gesundheitsschutz ausgerichtet sein. Insbesondere soll dadurch ermöglicht werden, dass zukünftig moderne Formen der Verkehrsraumgestaltung wie die einfachere Einrichtung von Tempo-30-Zonen, die Einrichtung von breiten und sicheren Fahrradspuren auf der Straße oder auch autorarmen bzw. autofreie Zonen rechtssicher umgesetzt werden können.

### Überweisen an

Bundesparteitag

## 2021/II/Recht/7

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Übernahmegarantie auch für dual studierende JAV-Mitglieder**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf abzielt, den 78a des Betriebsverfassungsgesetzes und § 56 BPersVG derart neu zu fassen, dass künftig auch dual Studierende von ihren Schutzbereichen erfasst werden. Des Weiteren ist begleitend auf eine entsprechende Änderung des § 53 Hamburgisches Personalvertretungsgesetz hinzuwirken.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2021/II/Recht/8

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Rückenwind für die junge betriebliche Mitbestimmung!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf abzielt, das Betriebsverfassungsgesetz wie folgt zu ergänzen: 25 Abs. 3 BetrVG Kann ein Mitglied der JAV aufgrund der Teilnahme am Berufsschulunterricht oder Vorlesungen an Hochschulen im Rahmen eines dualen oder berufsbegleitenden Studiums unter Berücksichtigung der Wegezeit zum Ort der JAV-Sitzung an der JAV-Sitzung nicht teilnehmen, gilt dieses als zeitweise verhindert. Des Weiteren werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und des Senates dazu aufgefordert, die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung in den Personalvertretungsgesetzen des Bundes und der Stadt Hamburg zu prüfen.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## 2021/II/Recht/9

### Beschluss

erledigt

## UN Binding Treaty on Business and Human Rights unterstützen

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

**2021/II/Recht/10**

**Beschluss**

erledigt

**Einheitliche EU-Regelungen für Rüstungsexporte**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

**2021/II/Recht/11**

**Beschluss**

erledigt

**Geschlechtergerechtigkeit im Arbeitsleben stärken – Mutterschutzgesetz auch für Geschäftsführerinnen und Vorstände!**

Erledigt durch Regierungshandeln.

---

## 2021/II/Recht/12

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Moderner Umgang mit Beförderungerschleichung!

Neue Überschrift - Moderner Umgang mit Beförderungerschleichung

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu beschließen, dass die Beförderungerschleichung gemäß 265a StGB aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird. Im Gegenzug soll ein neuer Tatbestand der unbefugten Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels im Ordnungswidrigkeitengesetz geschaffen werden. Zur Erläuterung des Entfallens des Festnahmerechts: In der rechtspolitischen Diskussion wird als ein wesentliches Argument gegen die Entkriminalisierung des „Fahrens ohne gültigen Fahrschein“ vereinzelt vorgetragen, dass dadurch ein Festnahmerecht des Kontrollpersonals mit dem Ziel der Personalienfeststellung entfiere. Diese Einschätzung ist rechtlich unzutreffend. Eine Herabstufung zur Ordnungswidrigkeit würde dazu führen, dass sich das Kontrollpersonal nicht mehr auf § 127 StPO berufen kann (§ 46 Abs. 3 S. 1 OWiG). Den Beförderungsunternehmen steht aufgrund entsprechender Regelungen in ihren AGB gegen denjenigen, der Beförderungsleistung ohne gültigen Fahrausweis in Anspruch nimmt, ein Anspruch auf Entrichtung eines dort näher geregelten erhöhten Beförderungsentgeltes zu. Kann oder will der Fahrgast dies nicht entrichten, so kann das Beförderungsunternehmen von seinem in § 229 BGB geregelten Selbsthilferecht jedenfalls dann Gebrauch machen, wenn der Fahrgast keine belastbare und verifizierte Auskunft über seine Personalien erteilt.

### Überweisen an

Bundesparteitag



**2021/II/Recht/14**

**Beschluss**

erledigt

**Gemeinnützigkeitsgesetz für Genossenschaften im Bereich der  
Daseinsvorsorge**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

## 2021/II/Recht/15

### **Beschluss**

so angenommen

### **8. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, den 8. Mai als „Tag der Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ zum gesetzlichen Feiertag

1. in Hamburg und
2. bundesweit zu erklären.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2021/II/Recht/16

### Beschluss

erledigt

## Schaffung der Rechtsform GmbH in Verantwortungseigentum

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

## 2021/II/Recht/17

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Persönliche Eignungstests für Waffenbesitz

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: § 6 III S. 1 WaffG soll dahingehend geändert werden, dass alle Personen, die eine Waffenerlaubnis nach Unterabschnitt 1 des WaffG beantragen, alle fünf Jahre ein amtspsychologisches Gutachten nachzuweisen haben. Die Auswahl und Beauftragung der Gutachter\*innen erfolgt durch die zuständige Behörde. Für die Kostentragung soll die zuständige Behörde zudem eine angemessene Gebühr erheben, die von den antragsstellenden Personen zu bezahlen ist. Es wird klargestellt, dass - dass eine waffenrechtliche Erlaubnis nach § 10 WaffG gemeint ist und die Eignung durch ein fachpsychologisches Gutachten eines Amtsarztes nachzuweisen ist, - das Gutachten alle drei Jahre für die dann erforderliche Prüfung der Zuverlässigkeit und Eignung vorzulegen ist, - die Kosten für das Gutachten durch die Antragstellenden bzw. Erlaubnisinhaber und -inhaberinnen zu tragen sind. Zudem sollte sichergestellt werden, dass zwischenzeitliche Erkenntnisse, z. B. der Gesundheitsämter, die die Eignung ausschließen, an die Waffenbehörden gemeldet werden.

#### Überweisen an

Bundesparteitag

## 2021/II/Recht/18

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **#KeinMillimeterNachRechts – Ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus auch in unserer Verfassung**

Die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich für eine Änderung der Präambel der Hamburgischen Verfassung ein, durch die bekräftigt wird, dass sich die Freie und Hansestadt Hamburg gegen die Verbreitung von nationalsozialistischem, rassistischem und anderem, die Würde des Menschen verachtendem, Gedankengut einsetzt.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## Teilh Gleichstellung / Teilhabe

**2021/II/Teilh/1**

### **Beschluss**

erledigt

**Hamburgs Vielfalt sichtbar machen – geschlechtergerechte Sprache im Schriftverkehr der Hamburger Verwaltung einführen**

Erledigt durch Senatshandeln.

## 2021/II/Teilh/2

### Beschluss

erledigt

### **Unterhaltsvorschuss vom Finanzamt einfordern. Unterhaltspreller nicht von Steuerzahlern finanzieren**

Erledigt durch Regierungshandeln: Der Senat hat 2019 das Projekt „Neuorganisation Förderungsmanagement zum Unterhaltsvorschussgesetz Unterhaltsvorschussgesetz (NF/UVG)“ unter Federführung und Verantwortung der Kasse Hamburg begonnen.

## 2021/II/Teilh/3

### **Beschluss**

Annahme

### **Barrierefreiheit bei MOIA gewährleisten**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Im Rahmen der vorgesehenen Evaluation des MOIA-Modellversuches ist durch die SPD- Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auch das Thema Barrierefreiheit anzusprechen und die vorgesehene Erweiterung auf bis zu 1000 Fahrzeuge auch von den Möglichkeiten des barrierefreien Transports abhängig zu machen.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft



## **2021/II/Teilh/4**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Rassismus bekämpfen! UN-Dekade für People of African Descent in Hamburg umsetzen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburgischen Senats und die SPD-Abgeordneten mögen sich dafür einsetzen, dass die UN-Dekade für People of African Descent im Rahmen der fortzuschreibenden Antidiskriminierungsstrategie aufgenommen und geeignete Maßnahmen zu deren Umsetzung entwickelt werden.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**Eur Europa**

**2021/II/Eur/1**

**Beschluss**

erledigt

**Vertiefung und Sicherung der Demokratie in Europa**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

**2021/II/Eur/2**

**Beschluss**

erledigt

**Erasmus für Schülerinnen und Schüler**

Erledigt durch Update von Erasmus+.

## 2021/II/Eur/3

### Beschluss

Annahme

### **Geeint in Vielfalt – Ein Interrail-Ticket für alle EU-Bürger ab 18!**

Die SPD Hamburg möge sich dafür einsetzen, dass die SPD-Abgeordneten im Europaparlament darauf hinwirken, dass alle Europäerinnen und Europäer, zum 18. Geburtstag, einen kostenlosen Einmonats-Interrail-Pass erhalten, der es ermöglicht 30 Tage lang durch ganz Europa zu reisen. Die Finanzierung erfolgt hierbei nicht aus dem geplanten Budget des „Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027“ für Programme für Jugendliche, sondern wird durch ein zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt.

#### **Überweisen an**

Europaabgeordnete

**Wi/Steu Wirtschaft / Steuern**

**2021/II/Wi/Steu/1**

**Beschluss**

erledigt

**Für eine gerechte und soziale Besteuerung**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

**2021/II/Wi/Steu/5**

**Beschluss**

erledigt

**Für eine gerechte und soziale Besteuerung**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.

## 2021/II/Wi/Steu/7

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Staatliche Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die grundgesetzliche Schuldenbremse ist mit dem Ziel fortzuentwickeln, dass staatliche Investitionen (etwa in Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz, Energiewende und Wohnungsbau) in einem größeren Umfang als bislang durch Neuverschuldung finanziert werden können. Dabei ist die Schuldentragungsfähigkeit von Bund und Ländern zu berücksichtigen, insbesondere die Refinanzierungsbedingungen bzw. Zinssätze.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

**2021/II/Wi/Steu/8**

**Beschluss**

erledigt

**Gemeinsam die Krise meistern – für eine gerechte Lastenverteilung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona Pandemie kämpfen!**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.



**2021/II/Wi/Steu/9**

**Beschluss**

erledigt

**Verpflichtendes Lobbyregister einführen – Transparenz in der Interessenvertretung herstellen**

Erledigt durch Regierungshandeln.

---

## 2021/II/Wi/Steu/10

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Für eine Transformation des Welthandels: vom „Frei“-handel zum Fairen Handel

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag, die Landesgruppe der SPD im Europaparlament und die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

1. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Landesgruppe der SPD im Europaparlament werden aufgefordert, sich für schärfere und international flächendeckend Regelungen im Bereich der unternehmerischen Sorgfalt in Lieferketten einzusetzen. Insbesondere sollen EU-weiten Regelungen entsprechend dem Vorschlag des EU-Parlaments 2020/2129(INL) eingeführt und umgesetzt werden, um insbesondere auch Unternehmen ab 250 Mitarbeiter\*innen oder in Risikosektoren zu erfassen, die ganze Lieferkette zum Gegenstand der Risikoanalysepflicht zu machen, umfassend Umweltaspekte, inkl. Klima, aufzunehmen, Rechte indigener Völker gem. des Übereinkommens 169 der ILO und angemessene, existenzsichernde Löhne als Menschenrechte explizit zu schützen, sowie Schadenersatzansprüche Betroffener explizit zu regeln. Darüber hinaus sollen Deutschland und die EU sich in den Verhandlungen zu einem UN Binding Treaty (eingesetzt durch UN Resolution A/HRC/RES/26/9) konstruktiv befürwortend einbringen und dabei die Forderung, Unternehmen direkt durch den Vertrag zu verpflichten, unterstützen; 2. Die SPD-Abgeordneten des Europaparlaments und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine Neukonzipierung der Investitionsschutz- und Handelsabkommen einzusetzen, mit dem Ziel, diese umwelt- und sozialverträglicher auszugestalten. Insbesondere sollen Standards zum Schutz von ILO Kernarbeitsnormen, Menschenrechten, Klima, Biodiversität, Weltmeeren und Weltnaturerbe und das Vorsorgeprinzip in den Abkommen verankert werden, inkl. Sanktionsmöglichkeiten im Falle der Nichteinhaltung; es muss klargestellt werden, dass in Schiedsverfahren zum Investitionsschutz Menschenrechte als Rechtfertigung zur Einschränkung von Investorenrechten dienen können. Für eine Berücksichtigung von Menschenrechten im WTO-Recht sollte eine Anpassung von Art. XX GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsübereinkommen der WTO) vorangetrieben werden, um explizit Menschenrechte und ILO-Kernarbeitsnormen als Ausnahmen (Rechtfertigung) für handelsrelevante Maßnahmen zuzulassen.

### Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Europaabgeordnete

## Dig Digitalisierung / Mobilfunk

**2021/II/Dig/2**

### **Beschluss**

Annahme als Prüfantrag

## **Zugang zu Geodaten/Liegenschaftsdaten für Wasser- und Bodenverbände Hamburgs**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag fordert die Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat auf, darauf hinzuwirken, dass die Wasser- und Bodenverbände zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben gemäß § 2 WVG (Wasserverbandsgesetz) einen kostenlosen Online-Zugang zu behördlichen GEO-Daten erhalten.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**2021/II/Dig/3****Beschluss**

erledigt

**Lebenshilfe im digitalen Zeitalter sicherstellen**

Wir begrüßen, dass Senat und Bürgerschaft Angebote der “Digitalen Bildung” von Volkshochschule und anderen Bildungseinrichtungen und Trägern in Hamburg unterstützen. Diese Angebote sollen fortgesetzt werden. Sie sollen so ausgerichtet und ggf. ergänzt werden, dass auch ein niedrigschwelliges Angebot vorgehalten wird, das bei der Lösung von Alltagsfragen der Anwendung und des Updates von Endgeräten und Anwendungen Hilfe und Unterstützung bietet.

**Wis Wissenschaft****2021/II/Wis/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Paradigmenwechsel in der Beschäftigung von WissenschaftlerInnen**

Die SPD setzt sich in den Koalitionsverhandlungen und der kommenden Regierung für eine zeitgemäße Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes aufbauend auf den Vorschlägen der SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Wahlperiode ein. Dabei werden insbesondere die derzeit geltenden Befristungsregelungen auf den Prüfstand gestellt und Lösungen erörtert, die zukünftig mehr Dauerstellen im wissenschaftlichen Bereich auch unterhalb der Professur im Anschluss aber auch schon während der akademischen Qualifikationsphase ermöglichen.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## **2021/II/Wis/3**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Pflegestudium an der HAW nicht kürzen!**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und alle Mitglieder des Hamburgischen Senats werden aufgefordert, sicherzustellen, dass der Studiengang B. Sc. Pflege (dual) an der HAW ab 2023 vollständig ausfinanziert ist.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**Sport Sport****2021/II/Sport/1****Beschluss**

## Annahme

**Hamburg Active City: Neue Sportflächen schaffen und bestehende Sportflächen pflegen und erhalten**

Die sozialdemokratischen Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden ersucht

1. sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg ein nachhaltiges Sportstättenmanagement für städtische Sportanlagen entwickelt wird, mit dem dafür Sorge getragen wird, dass die derzeit vorhandenen Sportflächen dauerhaft in Stand gehalten werden und damit möglichst lang für möglichst viele Menschen nutzbar sind,
2. sich dafür einzusetzen, dass in allen Stadtteile die Bedarfe für Sportflächennutzung genau ermittelt werden und auf dieser Basis in allen Stadtteilen mit möglichst innovativen und flächeneffizienten Konzepten zusätzliche Sportflächen für Vereine und Breitensport realisiert werden, indem beispielsweise auch die Errichtung von Sportflächen auf geeigneten Dächern oder die Schaffung unterirdischer Sportflächen in Erwägung gezogen wird,
3. außerdem im Zuge des Neubaus und der Sanierung von Schulen gesondert prüfen zu lassen, ob beispielsweise vorhandene dafür geeignete Flachdächer zu Sportflächen weiterentwickelt werden können,
4. sich dafür einzusetzen, dass gemeinsam mit Akteur\*innen des organisierten Sports in Hamburg vertieft geprüft wird, wie die sportartspezifischen Bedarfe, der Vorrang für den (organisierten) Sport und die Qualität, Erreichbarkeit und einfache Nutzbarkeit und die Ausweitung der Nutzungszeiten möglichst transparent ermittelt und dargestellt werden können, so dass beispielsweise auch kleinere Vereine, die nur über ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen verfügen, beispielsweise ausreichend bei der Vergabe von Spielzeiten auf Flächen berücksichtigt werden.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2021/II/Sport/2

### Beschluss

Annahme

### **Ein Schwimmbad mit 6 Bahnen und ein separates Rehabilitationsbecken für die Active City Oberbillwerder**

**Der Landesparteitag möge beschließen und darauf hinwirken,**

dass sich der Landesvorstand und die zuständigen FachsenatorInnen dafür einsetzen, dass in Oberbillwerder ein barrierefreies Sportschwimmbaden mit 6 Bahnen a 25 m sowie ein separates Rehabilitationsbecken entstehen. Das Schwimmbad muss auch für Menschen außerhalb des Schul- und Vereinssports nutzbar sein.

#### **Überweisen an**

Landesvorstand und Senat



## AUSSEN Außenpolitik

**2021/II/AUSSEN/1**

### **Beschluss**

erledigt

## **Entspannungspolitik und nachhaltige Entwicklung**

Erledigt durch Zukunftsprogramm.